

ANTWORT

zu der

Anfrage des Abgeordneten Ralf Georgi (DIE LINKE.)

betr.: Nichtraucherschutzgesetz und Lärmschutz

Vorbemerkung des Fragestellers:

„Das Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens vom 21.11.2007, zuletzt geändert am 10.2.2010, verordnete ein generelles Rauchverbot in allen umschlossenen Räumen von Gaststätten. Seitdem wird in der Regel vor den Eingangstüren geraucht, was zu Klagen über erhöhten Lärm sowohl durch die Wirte als auch durch die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner führt - insbesondere in den Sommermonaten. Wirkliche Lösungen zum Wohle beider Parteien wurden bisher nicht gefunden.“

Vorbemerkungen der Landesregierung:

Der Landesregierung ist eine Erhöhung der Lärmbeschwerden seit Einführung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens nicht bekannt.

Hat die Landesregierung Kenntnis über das Ausmaß der Lärmbeschwerden durch Anwohnerinnen und Anwohner? Wenn ja, wie hat sich die Anzahl der Lärmbeschwerden nach Inkrafttreten des verschärften Nichtraucherschutzgesetzes verändert?

Zu Frage 1:

Die Landesregierung hat keine Kenntnis über das Ausmaß der Lärmbeschwerden durch Anwohnerinnen und Anwohner in der Nachbarschaft von Gaststätten. Insofern hat sie auch keine Kenntnis über das Ausmaß der Lärmbelästigungen durch Gäste, die vor der Gaststätte rauchen. Gelegentlich wird bei Lärmbelästigungen die Vollzugs-polizei eingeschaltet. Darüber hinaus können Lärmbeschwerden auch bei den Gemeinden eingehen. Eine statistische Auswertung über das Ausmaß der an verschiedenen Stellen eingegangenen Lärmbeschwerden gibt es nicht.

Ausgegeben: 15.09.2014 (22.07.2014)

bitte wenden

Sind Maßnahmen geplant, die zur Konfliktentschärfung zwischen Wirten und Anwohnerinnen und Anwohnern führen können und wenn ja, wie sollen diese aussehen?

Zu Frage 2:

Die Gemeinden als zuständige Behörden für den Vollzug des Gaststättenrechts haben nach § 9 des Saarländischen Gaststättengesetzes (SGastG)¹ die Möglichkeit, situationsabhängig und einzelfallbezogen Maßnahmen, wie z. B. eine Sperrstundenverkürzung, zu verfügen. Die Landesregierung hält keine zusätzlichen Maßnahmen zur Konfliktentschärfung zwischen Wirten einerseits und Anwohnerinnen und Anwohnern andererseits für erforderlich.

Können Anwohnerinnen und Anwohner auf Förderungen seitens des Landes zurückgreifen, beispielsweise auf finanzielle Unterstützung beim Einbau hochschalldämmender Fenster? Wenn ja, wie sehen mögliche Unterstützungen aus? Wenn nein, plant die Landesregierung Derartiges?

Zu Frage 3:

Derzeit besteht weder ein Förderprogramm zur Unterstützung der Anwohnerinnen und Anwohner von Gaststätten beim Einbau hochschalldämmender Fenster noch plant die Landesregierung ein solches.

¹ Saarländisches Gaststättengesetz (SGastG) – Gesetz Nr. 1745 vom 13. April 2011 (Amtsl. I S. 206), geändert durch das Gesetz vom 20. Juni 2012 (Amtsl. I S. 156).